



# GUTE PFLEGE IST EIN MENSCHENRECHT

Ausgabe 02 - 2016  
Berlin, Juni\_Juli 2016

Sehr geehrte Damen und Herren,

anbei senden wir Ihnen eine neue Ausgabe des Newsletters des Bündnisses für gute Pflege.

Wenn Sie Fragen zum Bündnis für gute Pflege oder Anregungen haben, dann schreiben Sie uns eine [E-Mail](#).

Vorschau: Der nächste Newsletter wird im September 2016 erscheinen.

Ihr Team vom Bündnis für gute Pflege

## **Bündnis für gute Pflege - Infodienst**

### **[1. Neuigkeiten von den Mitgliedern und Unterstützern des Bündnisses für gute Pflege](#)**

**[1.1 ver.di: Gesundheitsministerkonferenz: ver.di fordert mehr Personal für die Altenpflege](#)**

**[1.2 ver.di: Altenpflegekonferenz: ver.di fordert allgemeinverbindlichen Tarifvertrag - Mehr Personal nötig: Persönlicher Einsatz kann Defizit nicht ausgleichen](#)**

**[1.3 ver.di: Pflegekräfte und Ärzte wehren sich: fast 36 Millionen Überstunden in Krankenhäusern – bundesweite ver.di-Aktion](#)**

**[1.4 ZWST: Antwort auf aktuelle Anforderungen: „Zukunftsforum Altenpflege“](#)**

**[1.5 AWO: Tag der Pflege – Situation der Beschäftigten in den Fokus stellen](#)**

**[1.6 DBfK fordert umgehende lückenlose Aufklärung und Schutz vor Generalverdacht](#)**

**[1.7 wir pflegen e.V. sucht Person für Medien- und Öffentlichkeitsarbeit](#)**

**[1.8 wir pflegen e.V. appelliert an Partner im Bündnis für Gute Pflege](#)**

**[1.9 Pro Pflege-Selbsthilfenetzwerk: Teilnahme von Demenzkranken an Arzneimitteltests bzw. klinischen Studien](#)**

**[1.10 KAB Aalen: „Tempolimit für die Pflege“, eine Aktion zum internationalen](#)**

## [Tag der Pflege am 12. Mai 2016](#)

### [II. Veranstaltungen und Termine](#)

#### [2.1 ASB: Fachveranstaltung zum BTHG am 6.7.2016](#)

#### [2.2 DEVAP-Fachtag „Einfangen, auffangen und halten! In Netzwerken Auszubildende gewinnen und Fachkräfte binden“ am 23.08. in Kassel](#)

#### [2.3 9. Kongress der Deutschen Alzheimer Gesellschaft vom 29.09.-1.10. in Saarbrücken](#)

## ***I. Neuigkeiten von den Mitgliedern und Unterstützern des Bündnisses für gute Pflege***

[nach oben](#) ↑

### **1.1 ver.di: Gesundheitsministerkonferenz: ver.di fordert mehr Personal für die Altenpflege**

[nach oben](#) ↑

#### **Gesundheitsministerkonferenz: ver.di fordert mehr Personal für die Altenpflege**

28. Juni 2016

Anlässlich der am Mittwoch beginnenden Gesundheitsministerkonferenz bekräftigt die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) ihre Forderung nach mehr qualifiziertem Personal in der Altenpflege. Nur mit zusätzlichem Personal könne der mit der jüngsten Pflegereform beschlossene neue Pflegebedürftigkeitsbegriff ab 2017 tatsächlich in die Praxis umgesetzt werden, betonte ver.di-Bundesvorstandsmitglied Sylvia Bühler. „Es ist überfällig, dass auch demenziell Erkrankte künftig ausreichend Unterstützung bekommen. Niemand wird ernsthaft behaupten, dass das mit dem schon heute viel zu schlechten Personalschlüssel zu stemmen ist“, so Bühler. Die Gesundheitsministerkonferenz tagt am 29./30. Juni 2016 in Rostock-Warnemünde. Am Rande der Konferenz werden betroffene Beschäftigte am 29. Juni im Rahmen einer ver.di-Aktion unter dem Motto „Die Altenpflege geht baden“ gegen die hohe Belastung in ihrem Beruf demonstrieren.


„Die Beschäftigten in der Pflege versuchen immer wieder, das fehlende Personal durch persönliches Engagement auszugleichen. Sie wollen ihre Arbeit gut machen. Viele werden durch die ständige Überforderung krank“, sagte Bühler. „Es ist unverantwortlich, ihnen ohne entsprechende Personalaufstockung noch mehr Verantwortung aufzubürden. Die Personalschlüssel in der stationären Altenpflege müssen unverzüglich verbessert werden, damit die neuen Leistungen bei den Pflegebedürftigen ankommen.“ Insgesamt seien für die nächsten vier Jahre 800 Millionen Euro für mehr Pflegekräfte vorgesehen. „Jetzt sind die Länder gefordert, die Personalschlüssel anzuheben und den Weg für eine gute Pflege frei zu machen“, betonte Bühler. Die Forderung privater Pflegekonzerne, die Fachkraftquote von heute 50 Prozent noch weiter abzusenken, kritisiert ver.di scharf: „Gute Pflege braucht mehr qualifiziertes Personal, nicht weniger.“

ver.di weist schon seit Jahren darauf hin, dass mehr Personal nötig und die Belastungsgrenzen der Beschäftigten längst überschritten seien. Die Folgen seien Krankheit und hohe Fehlzeiten sowie der frühzeitige Ausstieg aus dem Job. Dies schwäche die Altenpflege insgesamt und belaste die Pflegebedürftigen ebenso wie ihre Angehörigen. Nur mit entlastenden Maßnahmen für das Pflegepersonal werde es gelingen, den Bedarf an Fachkräften in der Zukunft zu decken und die Beschäftigten gesund im Beruf zu halten.

V.i.S.d.P.:  
Jan Jurczyk  
ver.di-Bundesvorstand  
Paula-Thiede-Ufer 10  
10179 Berlin  
Tel.: 030/6956-1011  
und -1012

Fax: 030/6956-3001  
E-Mail:  
pressestelle@verdi.de

## **1.2 ver.di: Altenpflegekonferenz: ver.di fordert allgemeinverbindlichen Tarifvertrag - Mehr Personal nötig: Persönlicher Einsatz kann Defizit nicht ausgleichen**

[nach oben](#) 

### **Altenpflegekonferenz: ver.di fordert allgemeinverbindlichen Tarifvertrag - Mehr Personal nötig: Persönlicher Einsatz kann Defizit nicht ausgleichen**

13.06.2016


Für einen allgemeinverbindlichen Tarifvertrag Altenpflege hat sich ver.di-Bundesvorstandsmitglied Sylvia Bühler heute (13. Juni) zum Auftakt der zweitägigen, bundesweiten ver.di-Altenpflegekonferenz in Göttingen ausgesprochen. "Die wenigsten privaten Träger sind freiwillig zu Tarifverhandlungen bereit. Es gibt Einrichtungen, die haben seit zehn oder 15 Jahren keine Lohnerhöhung mehr gezahlt. Wenn ver.di die Altenpflege durch 'Häuserkampf' regulieren muss, dauert das Jahre. Diese Zeit haben wir nicht, wenn wir auch künftig genug Menschen für diesen Beruf gewinnen wollen", sagte Bühler vor Betriebsräten und Mitarbeitervertretungen aus dem gesamten Bundesgebiet. "Der Markt richtet es nicht", stellt Bühler fest. ver.di erwarte, dass die Altenpflege als elementarer Bereich der Daseinsvorsorge stärker politisch gesteuert werde.

Die Altenpflege in Deutschland brauche wesentlich mehr Personal und deutlich höhere Einkommen. "Mit noch so hohem persönlichem Einsatz können die professionell Pflegenden das strukturelle Defizit nicht ausgleichen. Wenn ab Januar 2017 der neue Pflegebedürftigkeitsbegriff umgesetzt wird, braucht es mehr Personal", erklärte Bühler. ver.di fordert deshalb als Sofortmaßnahme einen Stellenschlüssel von einer Pflegekraft auf zwei Bewohner. Auch die Fachkräftequote von 50 Prozent müsse angehoben werden. "Die Forderung, die Fachkräftequote noch weiter abzusenken, ist unverantwortlich", so die Gewerkschafterin.

Das Pflegestärkungsgesetz II sieht vor, dass bis 2020 eine einheitliche Bemessung des Personalbedarfs entwickelt und erprobt werden soll. "Das ist noch viel zu lange hin", kritisiert das ver.di-Bundesvorstandsmitglied. "Für eine gute Pflegequalität und damit die Pflegekräfte durch die hohe Belastung nicht krank werden, brauchen wir eine schnelle Lösung."

Pressekontakt  
Günter Isemeyer  
ver.di-Bundesvorstand  
Paula-Thiede-Ufer 10  
10179 Berlin  
Tel.: 030/6956-1011 bzw. -1012  
Fax: 030/6956-3001  
E-Mail: pressestelle@verdi.de

### **1.3 ver.di: Pflegekräfte und Ärzte wehren sich: fast 36 Millionen Überstunden in Krankenhäusern – bundesweite ver.di-Aktion**

[nach oben](#) 

#### **Pflegekräfte und Ärzte wehren sich: fast 36 Millionen Überstunden in Krankenhäusern – bundesweite ver.di-Aktion**

12.05.2016

35,7 Millionen Überstunden schieben die Beschäftigten in den Krankenhäusern vor sich her, 32,5 Überstunden pro Person. Das ist das Ergebnis einer aktuellen bundesweiten Befragung der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) in 295 Krankenhäusern, die heute im Rahmen einer Protestaktion vor dem Bundesgesundheitsministerium der Öffentlichkeit vorgestellt wird.

Wegen des Personalmangels werden nach ver.di-Erhebungen zur Aufrechterhaltung der Versorgung im Durchschnitt vier Überstunden pro Beschäftigten schon im Voraus in die Dienstpläne eingestellt. Hinzu kommen zwölf unvorhersehbare Überstunden pro Beschäftigten und Monat. Das bedeutet, dass die Pflegekräfte zehn Prozent ihrer Arbeitszeit Monat für Monat zu einem nicht planbaren Zeitpunkt erbringen müssen. Der Befund ist skandalös: Um die Versorgung der Patienten zu gewährleisten, werden Überstunden systematisch eingeplant. Ohne das zusätzliche Engagement des Pflegepersonals würde das System Krankenhaus nicht mehr funktionieren. In der Altenpflege ist die Situation ähnlich schlecht.

„Das Pflegestellenförderprogramm der Bundesregierung, mit dem in den nächsten Jahren bis zu 6.200 zusätzliche Stellen finanziert werden sollen, reicht noch nicht einmal dafür aus, die Überstunden abzubauen“, sagte ver.di-Bundesvorstandsmitglied Sylvia Bühler am Donnerstag in Berlin. Um Überstunden dauerhaft zu vermeiden, seien stattdessen 17.800 zusätzliche Stellen in den Krankenhäusern notwendig.

„Die Beschäftigten im Gesundheitswesen so auszupressen, ist beschämend und hat schwerwiegende Folgen für die Betroffenen: überdurchschnittlich hohe Krankenstände, nur die wenigsten können ihren Beruf bis zum Rentenalter ausüben“, betonte Bühler: „Kurzum: Unter diesen Bedingungen macht Arbeit im Gesundheitswesen krank.“ Besonders belastend sei für die Beschäftigten zudem, dass sie aufgrund der schlechten Arbeitsbedingungen mit ihren Ansprüchen an eine gute Patientenversorgung scheitern. „Die Pflegekräfte und Ärzte wollen sich Zeit für die Patienten nehmen, mit ihnen reden, ihnen zuhören, sie gut therapieren und pflegen. Das geht aber nicht, wenn sie derart unter Druck stehen.“

Bereits im vergangenen Jahr hatte ver.di auf den eklatanten Personalmangel im Gesundheitsbereich aufmerksam gemacht, zuletzt mit einer Petition zur Einführung einer gesetzlichen Personalbemessung an den Deutschen Bundestag. Für Altenpflegeeinrichtungen ist eine Personalbemessung zwar bereits gesetzlich verankert, tritt aber erst 2020 in Kraft – aus Sicht von ver.di viel zu spät. Deshalb fordert ver.di auch dort eine sofortige Einführung und konsequente Umsetzung von bundesweiten gesetzlichen Personalmindeststandards. „Wir brauchen dringend mehr und gut qualifiziertes Personal“, so Bühler.

Hinweis an die Redaktionen:

Details über die bundesweiten Aktionen, Hintergrundinformationen und Datenmaterial finden Sie [hier](#).

Bilder von der Aktion vor dem Bundesgesundheitsministerium können zur Verfügung gestellt werden. Kontakt: [astrid.sauer mann@verdi.de](mailto:astrid.sauer mann@verdi.de)

## 1.4 ZWST: Antwort auf aktuelle Anforderungen: „Zukunftsforum Altenpflege“

[nach oben](#) ↑

### **Antwort auf aktuelle Anforderungen: „Zukunftsforum Altenpflege“ Fachtreffen für Einrichtungs- und Pflegedienstleiter jüdischer Seniorenzentren**

Die aktuelle Mitgliederstatistik hat noch einmal verdeutlicht: Die demographische Entwicklung stellt die jüdische Gemeinschaft vor große Herausforderungen. Der Anteil der über 60jährigen Gemeindemitglieder ist von 33 % im Jahr 2000 auf 47 % im Jahr 2015 gestiegen (2014: 45 %). Der Bedarf nach innovativen und zielgerichteten Angeboten für Senioren in den Gemeinden ist hoch. Die Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland (ZWST) hatte daher im Herbst 2014 die Entwicklung der Mitgliederzahlen zum Anlass genommen, die Veranstaltungsreihe „Zukunftsforum Altenpflege“ ins Leben zu rufen. Bisher haben 4 Zukunftsforen stattgefunden, initiiert von Aron Schuster, stellv. Direktor der ZWST. Hier treffen sich regelmäßig Leiter und Führungskräfte jüdischer Seniorenzentren, um den Fachaustausch zu intensivieren und eigene Angebote sowie Best-Practice-Beispiele vorzustellen. Es gilt, Lösungswege und Handlungsmöglichkeiten aufzuzeigen und gemeinsame Zukunftsperspektiven zu entwickeln.

Das erste Zukunftsforum Altenpflege fand im Nelly-Sachs-Haus in Düsseldorf statt (Nov. 2014), weitere Treffen waren im Elternheim der Synagogengemeinde in Köln (Mai 2015) sowie im Lola-Fischel-Haus in Hannover (Nov. 2015). Diese Fachtreffen in den jeweiligen Altenzentren der jüdischen Gemeinden geben den Teilnehmern zudem die Möglichkeit, sich ein anschauliches Bild von der jeweiligen Einrichtung zu machen. Spezifische Themen der letzten Treffen waren unter anderem: Altenpflege im jüdischen Kontext, Praktische Erfahrungen aus der Biographie-Arbeit mit Überlebenden des Holocaust, Angebote für Menschen mit einer Demenzerkrankung.

Das 4. Zukunftsforum Altenpflege wurde am 31. Mai im Adolf-Hamburger-Heim der israelitischen Kultusgemeinde (IKG) Nürnberg organisiert.

Zukunftsforum im Adolf-Hamburger-Heim (Israelitische Kultusgemeinde Nürnberg)  
Prof. Julia Bernstein (Frankfurt University of Applied Sciences) eröffnete das Forum in Nürnberg mit einem Vortrag zum Thema „Gute Gründe für schlechte Gesprächsverläufe“ zur Kommunikation mit russischsprachigen Juden in der Pflege und Sozialarbeit. Vor dem Hintergrund aktueller sozialpolitischer Entwicklungen im deutschen Gesundheitssystem sind die laufenden Informationen von Bert Römgens aus dem Fachausschuss „Altenhilfe“ der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (BAGFW) sehr wertvoll und daher auch „ständige“ Tagesordnungspunkte. Bert Römgens, Leiter des Nelly-Sachs-Hauses, vertritt die ZWST bei der BAGFW. Zentrale Themen sind derzeit die Einführung des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs, die Entbürokratisierung in der Pflegedokumentation und anderes.

Aron Schuster stellte im Rahmen des Treffens die Ergebnisse der Mitgliederstatistik 2015 vor und informierte über neue Angebote sowie personelle Veränderungen bei der ZWST. Auch die anderen Teilnehmer berichteten aus ihren Einrichtungen, z.B. über Konzepte für betreute Wohngruppen für Menschen mit Behinderung. Iwona Wisniewska, Einrichtungsleiterin des Adolf-Hamburger-Heims, führte abschließend durch die Räumlichkeiten.

Das nächste Zukunftsforum wird am 28. September 2016 im Altenzentrum der jüdischen Gemeinde in Frankfurt/Main stattfinden, u.a. mit einem Schwerpunkt zur Einführung des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs. Heike von Bassewitz, ZWST

Kontakt: Aron Schuster, T.: 069 / 944 371-40, [schuster@zwst.org](mailto:schuster@zwst.org)

## 1.5 AWO: Tag der Pflege – Situation der Beschäftigten in den Fokus stellen

[nach oben](#) ↑

Tag der Pflege – Situation der Beschäftigten in den Fokus stellen

Berlin, 11. Mai 2016.

Zum morgigen Internationalen Tag der Pflege erklärt AWO Vorstandsmitglied Brigitte Döcker: „Die derzeitige Bundesregierung hat mit nunmehr drei Reformen der Pflegeversicherung und der Reform der Pflegeberufe ein beeindruckendes Pensum geleistet, um die Situation der zu Pflegenden und der Pflegenden zu verbessern und weiterzuentwickeln. So wurde mit der lange überfälligen Einführung eines neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs auch eine dringend notwendige Strukturreform der Pflegeversicherung eingeleitet. Trotzdem bleiben weitere große Baustellen, wie die Pflegefinanzierung und die Situation der Fachkräfte offen. Derzeit ist die Finanzierung von Pflege für die in den nächsten Jahren immer größer werdende Zahl von Pflegefällen weder nachhaltig noch ausreichend gesichert. Eine weitere stets größer werdende Herausforderung ist die Fachkräftesituation. Immer mehr Pflegeeinrichtungen haben Not, qualifiziertes Personal zu finden.

Der Plan der Bundesregierung, bis 2020 ein sogenanntes Personalbemessungsverfahren zu entwickeln und zu erproben, kann nur als verfehlt bezeichnet werden, denn es sind bereits jetzt personelle Verbesserungen notwendig. Insbesondere die stationäre Pflege muss verbessert werden. Für die Beschäftigten müssen sich die Arbeitsbedingungen insgesamt positiv verändern, um den Beruf vor allem für junge Menschen wieder attraktiver werden zu lassen.

Sollte das Personalbemessungsverfahren ab 2020 tatsächlich umgesetzt werden, sind weitere Schritte des Gesetzgebers notwendig: Die Umsetzung muss zum einen verbindlich festgeschrieben und darf nicht den Verhandlungen nach Kassenlage vor Ort überlassen werden. Zudem muss ganz klar geregelt werden, wie der personelle Mehrbedarf den ein solches Instrument aller Wahrscheinlichkeit als Ergebnis ermittelt wird, finanziert werden soll. Aus Sicht der AWO sollte der Gesellschaft noch klarer vermittelt werden, dass Pflege eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist, für die die Pflegeversicherung zukünftig noch mehr Mittel benötigen wird. Eine geeignete Maßnahme wäre hier, die Versicherungspflicht auf alle Bevölkerungsgruppen und auf alle Einnahmearten auszuweiten.

Darüber hinaus tragen auch die Medien eine Verantwortung für die Situation der Pflege. Eine differenzierte Berichterstattung, die sowohl über die verantwortungsvolle und gute Arbeit in den Pflegeeinrichtungen berichtet, aber natürlich auch aufzulösende Missstände im Fokus hat, muss in einem ausgewogenen Verhältnis stehen. Hier dürfen wegen einiger schwarzer Schafe nicht eine ganze Branche und deren Beschäftigte in Bedrängnis geraten.

In der Pflege bleibt damit noch Einiges zu tun und auch die nächste Bundesregierung wird das Thema hoch oben auf ihrer Agenda halten müssen.“

Mit freundlichen Grüßen

i. A. Mona Finder

---

AWO Bundesverband e. V.  
Pressesprecherin

T.: + 49 (0)30 26 309 222  
F.: + 49 (0)30 26 309 32 222  
Mobil: +49 (0)172 - 261 50 14  
[www.awo.org](http://www.awo.org)  
[mona.finder@awo.org](mailto:mona.finder@awo.org)

## 1.6 DBfK fordert umgehende lückenlose Aufklärung und Schutz vor Generalverdacht

[nach oben](#) ↑

### DBfK fordert umgehende lückenlose Aufklärung und Schutz vor Generalverdacht

Berlin, 20. April 2016

Der Deutsche Berufsverband für Pflegeberufe (DBfK) verurteilt ausdrücklich jede Form von Leistungsmissbrauch und Abrechnungsbetrug und distanziert sich von den jetzt bekannt gewordenen Machenschaften bestimmter Pflegedienste. „Der weit überwiegende Teil der Pflegedienste und Pflegefachpersonen in Deutschland arbeitet völlig korrekt und gesetzeskonform. Das Vertrauen der Bevölkerung in deren gute Arbeit ist hoch – zu Recht. Dass jetzt wieder einmal durch Raffgier und Skrupellosigkeit einzelner eine ganze Berufsgruppe in Verruf gerät, ist höchst bedauerlich“, sagt DBfK-Präsidentin Prof. Christel Bienstein. Es gibt dabei viele Geschädigte:

- schwerstkranke Patientinnen und Patienten, die nicht oder unzureichend versorgt werden;
- eine gesamte Branche, die durch einige schwarze Schafe wieder einmal am Pranger steht;
- ein System, das durch gezielten Betrug viel Geld verliert und in dem die nächsten Beitragserhöhungen im Raum stehen. Legt man die Zahlen der aktuellen gesundheitswirtschaftlichen Gesamtrechnung des BMWi zugrunde, könnte der durch solchen Abrechnungsbetrug verursachte Schaden einen zweistelligen Prozentbetrag der Gesamtausgaben für ambulante Pflege (11,3 Mrd. in 2013) ausmachen. Das sind keine Peanuts, sondern ist Ausplünderung eines solidarisch finanzierten Systems.
- Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, vermutlich mit Niedrigstlöhnen, die genötigt werden, falsch zu dokumentieren und sich im Fall einer Weigerung massiven Repressalien ausgesetzt sehen.

„Wir wehren uns gegen Pauschalangriffe. Kriminelle Machenschaften sind lückenlos aufzudecken und zu sanktionieren, betrügerischen Kartellen ist die Geschäftsgrundlage zu entziehen. Seriös arbeitende Pflegeunternehmen und ihre Beschäftigten müssen vor dieser Art von Generalverdacht geschützt werden“, fordert Bienstein.

Der DBfK weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass sich die im Verband organisierten Pflegeunternehmen einen Ethikkodex gegeben haben. Im Artikel 5 heißt es darin u. a.: „Wir verpflichten uns zu einem fairen Wettbewerb und vertragskonformem Handeln und halten uns an getroffene Zusagen und Absprachen. Korrekte und transparente Abrechnungen unserer Leistungen sind für uns eine Selbstverständlichkeit.“

Deutscher Berufsverband für Pflegeberufe e.V. (DBfK)  
Alt-Moabit 91, 10559 Berlin  
Tel.: 030-2191570  
Fax: 030-21915777  
dbfk@dbfk.de  
www.dbfk.de

## 1.7 wir pflegen e.V. sucht Person für Medien- und Öffentlichkeitsarbeit

[nach oben](#) ↑

Um für pflegende Angehörige angemessene Unterstützung und ein Mitspracherecht in der Pflegepolitik zu gewinnen, sucht der gemeinnützige Verein wir pflegen eine kompetente Person für seine Medien- und Öffentlichkeitsarbeit.

wir pflegen hat sich zu einer meinungsstarken und von Politik und Gesellschaft akzeptierten Interessenvertretung für pflegende Angehörige entwickelt. Unsere Erfahrung zählen, wenn es um die Belange, Bedürfnisse und Lebensumstände von pflegenden Angehörigen geht. Als direkt Betroffene sind unsere Mitglieder gefragte Experten für Medienberichte, Presse und TV-Sender, auf Tagungen und Kongressen.

Mit dieser Entwicklung sind auch die Herausforderungen für den Verein gewachsen. Um



pflegenden Angehörigen in Medien und Öffentlichkeit Gehör verschaffen, benötigt der Verein Unterstützung und Expertise in der Medienarbeit, einschließlich der sozialen Medien, gerne auch von jemandem, der Pflege auch aus eigener Familienerfahrung kennt und bereit und motiviert ist, zunächst ehrenamtlich im Verein mitzuarbeiten.

Bei Interesse und für weitere Nachfragen nehmen Sie bitte Kontakt auf mit [vorstand@wir-pflegen.net](mailto:vorstand@wir-pflegen.net).

## 1.8 wir pflegen e.V. appelliert an Partner im Bündnis für Gute Pflege

[nach oben](#) ↑

wir pflegen e.V. appelliert an Partner im Bündnis für Gute Pflege

Als bundesweit aktive Betroffenenorganisation der pflegenden Angehörigen bittet der Verein wir pflegen alle Bündnispartner, sich im Rahmen der kommunalen Entwicklung auch aktiv für eine systematische Einbindung und Repräsentation von pflegenden Angehörigen in allen kommunalen Pflegegremien einzusetzen.

Rund 70% aller Pflege wird in häuslicher und familiärer Umgebung geleistet. Deshalb begrüßt der Verein die Absicht, „über regionale Pflegeausschüsse, an denen alle entscheidenden Akteure der Pflege vor Ort mitwirken ... Versorgungsstrukturen durch eine engere Zusammenarbeit zu optimieren“.

Bedauerlicherweise scheint der Referentenentwurf zum PSG III weiterhin pflegende Angehörige als entscheidenden Akteure der Pflege vor Ort auszuschließen. Er sieht sie nur als Pflegebetroffene („Pflegebedürftige und ihre Angehörigen“), ohne die wachsende wirtschaftliche und gesellschaftliche Anerkennung ihrer tatsächlichen Pflegeleistung und Pflegeerfahrung zu reflektieren und ihnen den Weg in die kommunalen, regionalen und länderweiten Pflege-Planungsgremien zu bahnen.

wir pflegen befürwortet hier eine deutliche Stellungnahme des BMG, die Repräsentation von Vertretern von pflegenden Angehöriger in allen Pflegegremien vor Ort nicht nur zu empfehlen, sondern als Pflichtaufgabe der Kommunen zu festigen.

Wir bitten unsere Bündnispartner für Unterstützung, sich mit uns für eine systematische Vertretung von pflegenden Angehörigen in allen kommunalen und regionalen Pflegegremien einzusetzen.

Kontakt: [vorstand@wir-pflegen.net](mailto:vorstand@wir-pflegen.net)

## 1.9 Pro Pflege-Selbsthilfenetzwerk: Teilnahme von Demenzkranken an Arzneimitteltests bzw. klinischen Studien

[nach oben](#) ↑

Pressemitteilung vom 08.06.2016

### Teilnahme von Demenzkranken an Arzneimitteltests bzw. klinischen Studien

Der Bundestag berät über einen Gesetzentwurf zur Änderung arzneimittelrechtlicher Vorschriften. Im Rahmen dieses Gesetzesvorhabens soll auch die Teilnahme von Demenzkranken an Arzneimitteltests bzw. klinischen Studien geregelt werden. Dazu hat Pro Pflege - Selbsthilfenetzwerk gegenüber dem Bundesgesundheitsministerium folgende Stellungnahme abgegeben:

Grundsätzlich erscheint eine selbstbestimmte Einwilligung einer volljährigen Person rechtlich möglich, auch dann, wenn sie selbst nicht profitieren wird (= gruppennützige Wirkung). Es kann davon ausgegangen werden, dass sie mit Artikel 2 Grundgesetz in Einklang gebracht werden kann. Allerdings sind wohl geeignete "Sicherungen" erforderlich, eine solche



Einwilligung rechtssicher zu gestalten. Insoweit kann ein entsprechender Erklärungstext mittels Patientenverfügung in Betracht kommen.

Allerdings sollte, wenn eine solche Regelung vorgesehen wird, bestimmt werden, dass vorher eine ausreichende ärztliche Aufklärung stattgefunden hat. Diese müsste auch im Zusammenhang mit dem Verfügungstext dokumentiert werden. Auch wenn zu sonstigen Patientenverfügungen keine zwingende Aufklärungsvorgaben bestehen, müsste sie im Zusammenhang mit den angesprochenen Tests und Studienbeteiligten vorgegeben werden. - Die in der Ärzte Zeitung vom 07.06.2016 angesprochenen Argumente - siehe > [http://www.aerztezeitung.de/medizin/krankheiten/demenz/article/913048/arzneitests-demenzkranken-koalition-kippt-abstimmung.html?cm\\_mmc=Newsletter-\\_-Telegramm-C-\\_-20160607-\\_-Demenz](http://www.aerztezeitung.de/medizin/krankheiten/demenz/article/913048/arzneitests-demenzkranken-koalition-kippt-abstimmung.html?cm_mmc=Newsletter-_-Telegramm-C-_-20160607-_-Demenz) - stützen die hiesige Argumentation.


Mit Rücksicht auf meine seit Jahren in der Volkshochschule Neuss angebotenen Vorträge zum Patientenrecht bzw. zu vorsorglichen Verfügungen ist mir die Sicherstellung einer Patientenentscheidung, die auf einer zielgerichteten ärztlichen Aufklärung bei den o.a. Vorgängen beruht, wichtig. Möglicherweise muss mit Rücksicht auf den Aufwand auch geklärt werden, dass eventuell entstehende Honorkosten nicht zu Lasten des Patienten gehen. Sie müssten von den Krankenkassen getragen oder aus Steuermitteln finanziert werden.

Im Übrigen verweise ich auf Stellung der Bundesärztekammer - siehe [hier](#) . Darin werden Erfordernisse bezüglich der Ethikkommission angesprochen.

Verschiedene Beiträge zum Thema sind im Forum von Pro Pflege - Selbsthilfenetzwerk unter folgender [Adresse](#) nachlesbar.

Werner Schell,  
Diplom-Verwaltungswirt - Oberamtsrat a.D. - Dozent für Pflegerecht

## 1.10 KAB Aalen: „Tempolimit für die Pflege“, eine Aktion zum internationalen Tag der Pflege am 12. Mai 2016

[nach oben](#) 

### KAB Katholische Arbeitnehmerbewegung Aalen

#### „Tempolimit für die Pflege“, eine Aktion zum internationalen Tag der Pflege am 12. Mai 2016.

Über 50 Pflegekräfte aus der ambulanten Pflege und stationären Altenhilfe trafen sich um 11 Uhr im Aalener Rathaus und stellten mit Qi Gong Übungen dar was sie dringend brauchen: Entschleunigung. Mit der Aktion erinnern sie die an diesem Tag ins Amt gesetzte Landesregierung, dass den Worten der Enquete Kommission auch Taten folgen müssen. Entschleunigung durch mehr Personal. Dafür fordert die KAB Deutschlands bundespolitisch steuerfinanzierte Sofortmaßnahmen als Übergangsregelung. Personalkostenzuschüsse, die Einrichtungen erhalten, die tariflich bezahlen und tarifliche Bestimmungen einhalten.

Info: [MSinz@blh.dr.de](mailto:MSinz@blh.dr.de)

## II. Veranstaltungen und Termine

[nach oben](#) ↑

### 2.1 ASB: Fachveranstaltung zum BTHG am 6.7.2016

[nach oben](#) ↑

Am Mittwoch, 6. Juli 2016, bietet der ASB eine öffentliche, barrierefrei Fachveranstaltung zum Bundesteilhabegesetz an.

Mit der Veranstaltung in der Landesvertretung Bremen in Berlin (Hiroshimastr. 24, 10785 Berlin) will sich der ASB aktiv in den politischen Diskurs einmischen und die Fachöffentlichkeit mit der Politik ins Gespräch bringen.

An der Podiumsdiskussion nehmen die Berichterstatter aller BT-Fraktionen statt. Vorgestellt wird auch ein Gutachten zum BTHG, das Prof. Dr. Wolfgang Schütte, HAW Hamburg, im Auftrag des ASB erstellt hat. Anmeldeschluss ist der 28. Juni 2016.

[Flyer zur Fachveranstaltung](#)

### 2.2 DEVAP-Fachtag „Einfangen, auffangen und halten! In Netzwerken Auszubildende gewinnen und Fachkräfte binden“ am 23.08. in Kassel

[nach oben](#) ↑

**23. August 2016, Kassel**

#### **DEVAP-Fachtag „Einfangen, auffangen und halten! In Netzwerken Auszubildende gewinnen und Fachkräfte binden“**

Der sich zuspitzende Fachkräftemangel stellt die Akteure in der Altenhilfe und im Krankenhauswesen vor große Herausforderungen. Zugleich wird das neue Pflegeberufsgesetz die bekannten Ausbildungsstrukturen nachhaltig verändern.

Wie können Bildungseinrichtungen und Ausbildungsträger proaktiv handeln, um Veränderungsrisiken rechtzeitig wahrzunehmen und neue Kooperationschancen für die Mitarbeitergewinnung- und Bindung zu erkennen? Antworten gibt der DEVAP- Fachtag, bei dem Best Practices vorgestellt und verschiedene Sichtweisen auf die komplexe Ausbildungspraxis diskutiert werden.

Spannenden und praktischen Input bringen die Autorin des „ver.di-Ausbildungsreports Pflegeberufe 2015“, eine Jugendexpertin des Diakonie-Berufeportals und der Leiter einer Bochumer Altenpflegeschule ein. Weitere Infos, Programm und Anmeldung: [www.devap.info](http://www.devap.info). Vertreter aus Alten- und Krankenpflegeschulen, der ambulanten und der stationären Altenhilfe, Personalfachleute, Führungskräfte und Projektverantwortliche sind herzlich eingeladen.

Veranstalter ist der Deutsche Evangelische Verband für Altenarbeit und Pflege e.V. (DEVAP), Tel. 030 83001 267

### 2.3 9. Kongress der Deutschen Alzheimer Gesellschaft vom 29.09.-1.10. in Saarbrücken

[nach oben](#) ↑

#### **Programm zum 9. Kongress der Deutschen Alzheimer Gesellschaft erschienen**

##### **Demenz. Die Vielfalt im Blick**

Der 9. Kongress der Deutschen Alzheimer Gesellschaft findet unter dem Motto „Demenz. Die Vielfalt im Blick“ vom 29. September bis 1. Oktober 2016 in Saarbrücken statt. Eingeladen sind Menschen mit Demenz und deren Angehörige, alle, die haupt- und ehrenamtlich in der Beratung, Betreuung, Pflege und Therapie tätig sind, sowie alle Interessierten. Das vorläufige Kongressprogramm ist unter [www.demenz-kongress.de](http://www.demenz-kongress.de) veröffentlicht.

Der Kongress beginnt mit einem Vortrag von Prof. Dr. Alexander Kurz (München) zum Thema „Die Vielfalt therapeutischer Möglichkeiten“. Unter dem Motto „Die Vielfalt im Blick“ werden Monika Kaus und Swen Staack (1. Vorsitzende und Vorstandsmitglied der Deutschen Alzheimer Gesellschaft) Projekte vorstellen, die aus verschiedenen Blickwinkeln das Leben mit Demenz reflektieren. Menschen mit Demenz äußern sich in einem moderierten Gespräch zu ihren Wünschen und Aktivitäten.

Der dreitägige Kongress umfasst 35 Symposien, in denen ein breites Themenspektrum behandelt wird: Es gibt Vorträge zu Diagnostik, Therapie und Rehabilitation sowie zur Versorgung von Menschen mit Demenz in Akutkrankenhäusern. Die Vielfalt von Demenzerkrankungen wird aufgegriffen in Symposien zur Unterstützung von Menschen mit beginnender Demenz, von Angehörigen oder der relativ kleinen Gruppe der an Frontotemporalen Demenz Erkrankten sowie deren Angehörigen. Erfahrungen und Wünsche von Menschen mit Demenz und pflegenden Angehörigen kommen zur Sprache, ebenso die Themen Sexualität und Intimität. Großes Gewicht wird auch auf Kommunikation und Umgang mit Menschen mit Demenzen und Möglichkeiten der Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben gelegt. Auch die Pflegestärkungsgesetze werden diskutiert, sowie die Politik für Menschen mit Demenz auf europäischer, nationaler und regionaler Ebene.

Am dritten Kongresstag wird der Ehrenamtspreis und die mit 200.000 Euro dotierte Forschungsförderung 2016 der Deutschen Alzheimer Gesellschaft vergeben. Zum Abschluss sind zwei Höhepunkte zu erwarten. Michael Schmieder (Wetzikon, Schweiz) wird unter dem Titel „Das Einfache ist oft schwierig – das Schwierige oft einfach“ den Alltag in einer stationären Einrichtung reflektieren. Prof. Andreas Kruse (Heidelberg) hält den Vortrag „Für einen würdevollen Umgang mit Demenz“ mit Intermezzi am Klavier.

Monika Kaus, 1. Vorsitzende der Deutschen Alzheimer Gesellschaft, sagt: „Das Programm des 9. Kongresses der Deutschen Alzheimer Gesellschaft zeigt die vielfältigen Aspekte des Lebens mit Demenz in Deutschland. Das betrifft die Krankheitsbilder und -verläufe, die unterschiedlichen Lebensumstände und kulturellen Hintergründen. Dazu werden mehr als 90 Referentinnen und Referenten ihre Erfahrungen und Ideen einbringen und diskutieren.“

Die Schirmherrschaft über den Kongress haben Manuela Schwesig, Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie Annegret Kramp-Karrenbauer, Ministerpräsidentin des Saarlandes übernommen.

9. Kongress der Deutschen Alzheimer Gesellschaft: „Demenz. Die Vielfalt im Blick“, Saarbrücken, 29. September bis 1. Oktober 2016. Informationen und Registrierung: [www.demenz-kongress.de](http://www.demenz-kongress.de)

Frühbuchertarif bis zum 2. August 2016

Akkreditierung von Medienvertretern: [www.demenz-kongress.de](http://www.demenz-kongress.de). Die Pressekonferenz findet am Donnerstag, den 29. September 2016 von 12.30 bis 13.30 Uhr statt.

Kontakt:

Deutsche Alzheimer Gesellschaft e.V. Selbsthilfe Demenz  
Hans-Jürgen Freter  
Friedrichstraße 236, 10969 Berlin  
Tel.: 030 - 259 37 95 0  
Fax: 030 - 259 37 95 29  
E-Mail: [info@deutsche-alzheimer.de](mailto:info@deutsche-alzheimer.de)  
Internet: [www.deutsche-alzheimer.de](http://www.deutsche-alzheimer.de)

#### **Weiterempfehlen**

Wenn Ihnen die Kurzinformationen des Bündnisses für gute Pflege gefallen, empfehlen

#### **Abmelden**

Falls Sie keine weiteren Kurzinformationen des Bündnisses für gute Pflege erhalten wollen, können

Sie sie doch weiter.

### **Wichtig**

Damit die Kurzinformationen des Bündnisses für gute Pflege in Zukunft zuverlässig in Ihrem Postfach ankommt und nicht durch einen Filter in den Spam-Ordner einsortiert oder gelöscht wird, nehmen Sie bitte die Absenderadresse dieser E-Mail ([info@buendnis-fuer-gute-pflege.de](mailto:info@buendnis-fuer-gute-pflege.de)) in Ihr persönliches Adressbuch auf.

### **Impressum**

Diakonie Deutschland - Evangelischer Bundesverband  
Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung e.V.  
Projekt: Bündnis für gute Pflege  
Caroline-Michaelis-Str. 1  
10115 Berlin

Telefon: 030 65211-0  
Fax: 030 65211-3333  
E-Mail: [stephan.roeger@diakonie.de](mailto:stephan.roeger@diakonie.de)  
Web: [www.diakonie.de](http://www.diakonie.de)

Jeweils zwei Mitglieder des Vorstandes vertreten das Evangelische Werk für Diakonie und Entwicklung e.V. im Rechtsverkehr gemeinsam.  
Registergericht:

Amtsgericht Berlin-Charlottenburg,  
Vereinsregister 31924 B  
USt-IdNr.: DE 147801862

Sie den Bezug hier beenden. [Kurzinformationen abbestellen](#)

### **Redaktion**

Bei inhaltlichen Fragen wenden Sie sich bitte an das Bündnis für gute Pflege ([info@buendnis-fuer-gute-pflege.de](mailto:info@buendnis-fuer-gute-pflege.de)).

Das Werk wird durch den Vorstand vertreten. Er besteht aus folgenden Mitgliedern:

Vorsitzende  
Präsidentin Pfarrerin Cornelia Füllkrug-Weitzel

stellvertretender Vorsitzender  
Präsident Pfarrer Ulrich Lilie

Dr. Jörg Kruttschnitt  
Maria Loheide  
Prof. Dr. Claudia Warning